

Meine Damen, meine Herren, liebe Leute,

ich stehe hier heute als Vertreterin der ‚**Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände**‘ Sachsen. Bei uns arbeiten die sächsischen Ableger vom

- **Katholische Familienbund**
- **Verband alleinerziehender Mütter und Väter**
- **Selbsthilfegruppen Alleinerziehender**
- **Deutscher Familienverband**
- **und die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen**, für die ich tätig bin, mit.

Wir haben uns gefreut, als der Kinder- und Jugendring Sachsen uns gefragt hat, hier ein paar Worte zu sagen. Das mache ich stellvertretend für die Verbände sehr gerne, denn:

Ein breites Bündnis und viele laute Stimmen sind wichtig, um zu zeigen:

Wir wollen die eklatanten Kürzungen im Sozialbereich in Sachsen nicht. Wir halten diese für verfehlt.

Wir freuen uns, dass dieses breite Bündnis existiert.

Von unserer Warte der Familienverbände aus, ist **eines besonders zynisch**:

Das familienfreundlichste Bundesland möchte Sachsen werden. So steht es im Koalitionsvertrag.

Wir prognostizieren schon jetzt: So wird das nichts!

Wir Familienverbände fragen uns – und damit stehen wir nicht alleine:

Welchen Stellenwert hat Familie in allen Formen, Facetten und Farben für den Freistaat tatsächlich?

Welchen Stellenwert soll ihr in **Zukunft** beigemessen werden?

Wie sollen Familienbildung und Familienarbeit noch sinnvoll und **planungssicher stattfinden?**

Wie soll die Zukunft der Familienbildung nicht nur unserer Organisationen und Vereine in Zukunft aussehen?

Wir glauben nicht, dass sich jemand Gedanken darüber gemacht hat und denken eher, dass **hier Testballons losgelassen** werden nach dem Motto: **Wie weit können die Kürzungen gehen, mal sehen, wer sich wehrt. Es sind aber eben doch viele!**

Die sächsischen Bischöfe Joachim **Reinelt** (Bistum Dresden-Meißen) und Landesbischof Jochen **Bohl** von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche **haben Staatsministerin Clauß letzte Woche aufgefordert, die Kürzungen zurückzunehmen.**

Wer hinsehen will und langfristig plant, der erkennt nämlich jetzt schon, welche Auswirkungen zu erwarten sind und in Teilen bereits eintreten: Die **Landkreise verschicken Briefe**, in denen Zuschussverträge für die Anstellung von Jugendarbeitern gekündigt werden. **Überörtliche Träger** erfahren, dass sie ihren Eigenanteil für geförderte Anstellungen verdoppeln müssen.

Kleinere Vereine werden ihre Mitarbeitenden entlassen müssen.

Das neueste Unwort ist ‚Vorratskündigung‘.

Parallel dazu wird die Projektförderung im Kinder- und Jugendbereich nahezu eingestellt. Bildungsmaßnahmen müssen abgesagt werden.

Sehr geehrte Frau Ministerin Clauß, daran kann Ihnen nicht liegen.

Herr Ministerpräsident, nehmen Sie die Kürzungen zurück und planieren Sie nicht gewachsene Strukturen in der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit ein!

Diese dürfen nicht einem Wirtschaftsressort zum Opfer fallen, in dem offenkundig die finanzielle Unterstützung von Straßen- und Brückenbau als Alternative zum Erhalt des Jugendclubs gesehen wird.

ODER KURZ GESAGT.

Unternehmensförderung rauf – Jugendförderung runter!

Das kann nicht das Regierungsmotto sein, das können wir nicht glauben!

Schon jetzt laufen viele Projekte am Limit, und das darf so nicht sein.

Stellen Sie Investitionen zurück und investieren Sie lieber in unsere Zukunft: in die Kinder- Jugend- und Familienarbeit.

Auch wir von der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände fordern hier heute: Nehmen Sie die Kürzungsorgien zurück!

Lassen Sie die Kinder- und Jugend- und Familienarbeit nicht sterben.

Lassen Sie aber auch die **gleichstellungspolitische Arbeit** nicht sterben. Durch die Kürzungen sind die Koordinierungsstellen landesweit betroffen.

Der **Landesfrauenrat** steht hier heute im Geiste auch oben und sagt wie wir alle:

Versuchen Sie erst gar nicht die Interessen, die Träger gegeneinander auszuspielen.

Deshalb auch:

Finger weg von den Hilfeinrichtungen für Drogen- und Suchtkranke, **Finger weg** von den Frauenprojekten

Finger weg von den Beratungsstellen und Hilfsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen

Wir sagen: keine Finanzpolitischen Interessen vor Sozialstaatlichen Interessen!!

Weg mit den Kürzungen!

Vielen Dank.